



Jeden vierten Tag stirbt ein Bauarbeiter

Erschreckende Bilanz: 56 Mitarbeiter sind in den ersten acht Monaten im Job gestorben

Beate Kranz

Berlin. Ein Dachdecker stürzt bei Reparaturen eines Hoteldachs in Berlin 20 Meter in die Tiefe. Ein 65 Jahre alter Bauarbeiter fällt von einem Gerüst in München 15 Meter tief und landet auf einer Schachtabdeckung. In Hamburg kippt ein Mitarbeiter beim Wohnungsbau 12 Meter hinab ins Tiefgeschoss. Für alle drei Männer kommt jede Hilfe zu spät. Sie sterben noch am Unfallort.

In diesem Jahr sind bis Ende August bereits 56 Bauarbeiter während der Arbeit tödlich verunglückt. Die häufigsten Ursachen waren Abstürze aus großer Höhe sowie tödliche Verletzungen durch herabfallende Teile. Dies geht aus den aktuellen Zahlen der Berufsgenossenschaft Bau (BG Bau) hervor, die dieser Redaktion vorliegen.

Insgesamt wurden in den ersten acht Monaten zudem 65.701 Arbeitsunfälle gemeldet. Im vergangenen Jahr starben insgesamt 85 Bauarbeiter während der Arbeit, bis August waren es 60 Tote.

„Die Situation auf den Baustellen in puncto Sicherheit und Gesundheit ist alarmierend“, kritisiert Carsten Burckhardt, Mitglied im Bundesvorstand der Industrie Gewerkschaft Bau (IG Bau). „Rein statistisch ist bis August alle vier Tage ein Bauarbeiter ums Leben gekommen. Und die Tatsache, dass die Unfallbilanz bereits in den ersten acht Monaten eine so hohe Zahl von tödlich verletzten Bauarbeitern vermeldet, verheißt nichts Gutes.“

Auch die Unfallbilanz liege auf einem „erschreckend hohen Niveau“. Dabei ist der Gewerkschafter überzeugt, dass die Dunkelziffer der Bauunfälle wahrscheinlich noch deutlich höher ausfällt. „Sie dürfte zweieinhalb bis drei Mal so hoch sein. Denn viele – gerade kleinere Unfälle – werden erst gar nicht gemeldet.“

Ein weiteres Dunkelfeld bestehe bei ausländischen Beschäftigten, die auf Baustellen in Deutschland arbeiteten. Hier würden Unfälle von Vorgesetzten häufig bagatellisiert oder vertuscht, weiß Burckhardt. „Wer illegal auf dem Bau arbeitet, der soll nicht auffallen. Auch dann nicht, wenn er nach

einem Unfall eigentlich behandelt werden müsste.“ Statt schnell medizinisch im nächsten Krankenhaus versorgt zu werden, würden die Betroffenen in ihr Heimatland zurückgefahren, um dort behandelt zu werden. „Oder man verzichtet ganz darauf, ihnen eine medizinische Versorgung zukommen zu lassen.“

Jeder zehnte Arbeitnehmer kommt aus dem Ausland

Der Gewerkschafter hat selbst einen solchen Fall erlebt: „Ein Bauarbeiter hatte sich auf einer Baustelle in Nordrhein-Westfalen einen offenen Oberschenkelbruch zugezogen. Er sollte dann kurzerhand in den Bulli gepackt und in sein Heimatland – nach Polen – gefahren werden.“ Dies konnten die Gewerkschafter verhindern, die dafür sorgten, dass der Mann sofort im örtlichen Krankenhaus behandelt wurde.

Bundesweit beschäftigen die rund 78.300 Baubetriebe etwa 645.390 gewerbliche Mitarbeiter, 170.520 Angestellte sowie rund 43.300 Auszubildende, berichtet die Sozialkasse der Bauwirtschaft (SOKA Bau) für 2021. Jeder zehnte Arbeitnehmer in der deutschen Bauwirtschaft – rund 83.110 Beschäftigte – komme aus dem Ausland und sei ein sogenannter Entsendearbeitnehmer. Diese Beschäftigten hätten Anspruch auf Mindestlohn und Urlaub. Die meisten kommen aus Polen, Rumänien, Österreich, Slowenien, der Türkei und aus Portugal. Darüber hinaus gebe es aber auch Arbeiter ohne legale Papiere.

Die Unfallquellen seien vielfältig. Mal fehlten Schutzgeländer, mal Spundwände im Schacht oder es seien Leitersprossen angebrochen. Aber auch Hektik und Zeitdruck führten zu höheren Risiken. Die Hauptursachen für die vielen Unfälle sieht die Gewerkschaft deshalb in dem mangelnden Arbeitsschutz bei zugleich hohem Kosten- und Zeitdruck.

Die meisten Unfälle passierten in kleineren Betrieben. „Der Arbeitsdruck auf dem Bau hat enorm zugenommen. Es wird zu viel Arbeit auf zu wenige Schultern verteilt“, kritisiert Burckhardt. Es sei fatal, wenn



Bauarbeiter leben gefährlich: In diesem Jahr starben bereits 56 Beschäftigte. Eine der häufigsten Ursachen waren Abstürze aus großer Höhe.

CHRISTIAN CHARISIUS/PAPPA

Bauunternehmen immer mehr Aufträge annehmen würden, aber nicht genug Fachkräfte hätten, um diese zu erledigen. „Das bedeutet Überstunden und Druck in Dauerschleife.“

Die Arbeitgeber bedauern die Unfälle am Bau. Jeder Unfall sei einer zu viel, sagt Felix Pakleppa, Hauptgeschäftsführer des Zentralverbands des Deutschen Baugewerbes (ZDB). „Die Unternehmen arbeiten kontinuierlich an der Analyse von Gefahrpotenzialen, optimierten Unterweisungen und technischen Lösungen, um Arbeitsunfälle zu vermeiden und die Prävention zu verbessern.“ Die leicht rückläufige Unfallzahl belege aus Sicht des ZDB-Chefs, „dass die Arbeitgeber der Bauwirtschaft gemeinsam mit

den Arbeitnehmern viel in den Arbeitsschutz investiert haben“.

Der IG-Bau-Vorstand fordert vor allem mehr Kontrollen von Baustellen durch die Behörden. Der Kontrolldruck müsse vor allem für Betriebe verstärkt werden, die es mit der Arbeitssicherheit nicht wirklich ernst nähmen. „Nur auf Eigenverantwortung zu setzen ist zu wenig.“ Hier bestehe ein eklatantes Überwachungsdefizit. Burckhardt fordert die Bundesländer auf, die staatlichen Arbeitsschutzkontrollen schnell auszubauen. „Die Arbeitsschutzbehörden in den Ländern haben nicht die nötigen Kapazitäten, um die Sicherheit und den Gesundheitsschutz für die Beschäftigten wirksam zu kontrollieren.“ Notwendig sei mehr Personal.



Nicht beim Arbeitsschutz sparen Jeden vierten Tag stirbt ein Bauarbeiter im Job



Beate Kranz,
Wirtschaftskorrespondentin

Die Zahl ist erschreckend hoch. An jedem vierten Tag stirbt ein Bauarbeiter im Job. Bis Ende August sind in diesem Jahr in Deutschland schon 56 Menschen während ihrer Tätigkeit am Bau ums Leben gekommen – in etwa so viele wie im Vorjahr. Beschäftigte, für die ihre Arbeit zur tödlichen Falle wurde. Das ist bitter – denn jeder von ihnen ist einer zu viel. Die meisten stürzen ab, anderen werden von herabfallenden Gegenständen verletzt. Insgesamt wurden in den ersten acht Monaten mehr als 65.700 Unfälle gemeldet. Wer trägt die Schuld? Ist es Unachtsamkeit oder reichen schlichtweg die nötigen Arbeitschutzbedingungen nicht aus? Letzteres wäre unverzeihlich. Ins-

besondere dann, wenn wichtige Sicherungsmaßnahmen aus Kostengründen nicht ergriffen werden.

Die Beschäftigten am Bau tragen aufgrund der oft hohen körperlichen Belastung bereits eine große Bürde. Nicht wenigen geht der Job auf die Knochen, ihre Gesundheit wird stärker belastet als bei vielen anderen Tätigkeiten. Umso wichtiger ist es, dass auf Baustellen wirklich alles zum Einsatz kommt, was die Arbeitenden schützt – und zwar rund um die Uhr, auch wenn die Aufmerksamkeit nach vorangeschrittenem Tagewerk schon etwas nachlässt. Auf's Schärfste zu urteilen ist, wenn ausländische Arbeitnehmer nach Unfällen verletzt in die Heimat geschickt werden, anstatt sie schnell im örtlichen Krankenhaus zu behandeln und bestmöglich zu versorgen. Hier müssen alle die optimale Behandlung erfahren – unabhängig von Alter, Geschlecht und Nationalität. Am Arbeitsschutz und der Gesundheit im Job darf nicht gespart werden. Hier steht jeder Unternehmer für seine Beschäftigten in der Verantwortung.

WAZ Mantel



Bereits 56 Tote auf Baustellen

Die Gewerkschaft hält die Situation für alarmierend und fordert mehr Kontrollen

Beate Kranz

An Rhein und Ruhr. In diesem Jahr sind bis Ende August bereits 56 Bauarbeiter während der Arbeit tödlich verunglückt. Die häufigsten Ursachen waren Abstürze aus großer Höhe sowie tödliche Verletzungen durch herabfallende Teile. Dies geht aus den aktuellen Zahlen der Berufsgenossenschaft Bau (BG Bau) hervor, die der NRZ vorliegen. Insgesamt wurden in den ersten acht Monaten zudem 65.701 Arbeitsunfälle gemeldet. Im vergangenen Jahr starben insgesamt 85 Bauarbeiter während der Arbeit, bis August waren es 60 Tote.

„Die Situation auf den Baustellen in puncto Sicherheit und Gesundheit ist alarmierend“, kritisiert Carsten Burckhardt, Mitglied im Bundesvorstand der Industrie Gewerkschaft Bau (IG Bau). „Rein statistisch ist bis August alle vier Tage ein Bauarbeiter ums Leben gekommen. Und die Tatsache, dass die Unfallbilanz

bereits in den ersten acht Monaten eine so hohe Zahl von tödlich verletzten Bauarbeitern vermeldet, verheißt nichts Gutes.“

Auch die Bilanz der Unfallverletzten liege auf einem „erschreckend hohen Niveau“. Dabei ist der Gewerkschafter überzeugt, dass die Dunkelziffer der Bauunfälle wahrscheinlich noch deutlich höher ausfällt. „Sie dürfte zweieinhalb bis drei Mal so hoch sein. Denn viele – gerade kleinere Unfälle – werden erst gar nicht gemeldet.“

Dunkelziffer noch deutlich höher

Ein weiteres Dunkelfeld bestehe bei ausländischen Beschäftigten, die auf Baustellen in Deutschland arbeiteten. Hier würden Unfälle von Vorgesetzten häufig bagatellisiert oder vertuscht, weiß Burckhardt. „Wer illegal auf dem Bau arbeitet, der soll nicht auffallen. Auch dann nicht, wenn er nach einem Unfall eigentlich behandelt werden müsste. Statt schnell medi-



Ein Gerüst wird aufgebaut. Bei der Arbeit in schwindelnder Höhe ist Vorsicht geboten. DPA

zinisch im nächsten Krankenhaus versorgt zu werden, würden die Betroffenen in ihr Heimatland zurückgefahren.

Bundesweit beschäftigen die rund 78.300 Baubetriebe etwa 645.390 gewerbliche Mitarbeiter, 170.520 Angestellte sowie rund 43.300 Auszubildende, berichtet die Sozialkasse der Bauwirtschaft (SOKA Bau) für 2021. Jeder zehnte

Arbeitnehmer in der deutschen Bauwirtschaft – rund 83.110 Beschäftigte – komme aus dem Ausland und sei ein so genannter Entsendearbeitnehmer. Diese Beschäftigten hätten Anspruch auf Mindestlohn und Urlaub. Die meisten kommen aus Polen, Rumänien, Österreich, Slowenien, der Türkei und aus Portugal. Darüber hinaus gebe es aber auch Arbeiter ohne legale Papiere.

Die Unfallquellen seien vielfältig. Mal fehlten Schutzgeländer, mal seien Leitersprossen angebrochen oder es fehlten Spundwände im Schacht. Aber auch Hektik und Zeitdruck führten zu höheren Risiken. Der IG-Bau-Vorstand fordert vor allem mehr Kontrollen von Baustellen durch die Behörden. Der Kontrolldruck müsse vor allem für Betriebe verstärkt werden, die es mit der Arbeitssicherheit nicht wirklich ernst nähmen. Dazu brauche es mehr Personal in den Landesbehörden.